

Abschluss des SGB-Kongresses

Erneute Extratour von Bundesrätin Dreifuss

Kritik an der Sparpolitik des Bundesrates bei der AHV

Bundesrätin Ruth Dreifuss hat mit ihrer persönlichen Meinung zur AHV-Politik des Gesamtbundesrates am Samstag in Montreux nicht zurückgehalten: Vor dem Gewerkschaftskongress kritisierte sie die Absicht des Bundesrates, den sogenannten Mischindex bei der AHV durch den reinen Teuerungsausgleich zu ersetzen. Bereits im Frühjahr hatte sie sich in einem offenen Brief gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters ausgesprochen und sich damit von der Haltung des Bundesrates abgesetzt. Der Kongress ging mit dem Auftrag an die Führung zu Ende, ein Szenario für eine Einheitsgewerkschaft zu entwerfen.

Sx. Montreux, 5. November

Bundesrätin Dreifuss markierte vor den Delegierten des Gewerkschaftsbundes ihre persönliche Distanz zum übrigen Bundesrat nicht bloss in einem spontan eingeschobenen Nebensatz: «Ich sage es hier mit aller Deutlichkeit, weil die Bedeutung nicht überall zur Kenntnis genommen worden ist: Wenn das Parlament im Rahmen des Sanierungspaketes den Mischindex bei der AHV durch den einfachen Teuerungsausgleich ersetzt, macht es die wesentliche Folge der 1979 vom Volk beschlossenen 9. AHV-Revision rückgängig, bevor die 10. Revision rechtskräftig wird.» Sie selber wolle zwar auch einen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen leisten, aber es sei politisch *nicht legitim*, wenn bei den AHV-Renten gespart werde. Denn mit jedem für die Bundeskasse gesparten Franken würden den AHV-Bezüglern fünf Franken verweigert. Wenn der Bund also 100 Millionen bei der AHV einspare, fehlten für die Renten eine halbe Milliarde. «Soll mit einem Federstrich eine Politik beginnen, die eigentlich niemand will?» fragte Dreifuss und meinte dazu abschliessend, Sorgen machten ihr nicht die häufig beschworenen demographischen Schreckensbilder angeblicher Überalterung, sondern die «wenig überlegte finanzpolitische Willkür».

Die Bundesrätin wurde anschliessend vom Kongress formell als geschäftsleitende Sekretärin des SGB verabschiedet. Einleitend hatte sie im Kreis ihres früheren Wirkens erklärt, sie sei keine Gefangene der Macht, weil sie sich von den Gewerkschaften getragen fühle. Sie werde auch nie vergessen, wie sie in die Landesregierung gewählt worden sei und wen sie dort zu vertreten habe.

Zufallsmehr für Einheitsgewerkschaft

Am dritten Kongresstag befassten sich die SGB-Delegierten vor allem mit Angelegenheiten in eigener Sache. Eher überraschend setzte sich am Ende der Antrag der *Jugendkommission* durch, wonach das Zentralsekretariat bis zum nächsten Kongress ein Szenario vorzulegen habe, das sich am Fernziel der Einheitsgewerkschaft zu orientieren habe. Für die Jugendkommission steht dabei weniger die Fusion der gewerkschaftlichen Dachverbände (SGB, Christlichnationaler Gewerkschaftsbund, Angestelltenverbände) im Vordergrund, sondern längerfristig mehr die Fusion aller SGB-Verbände.

Der Entscheid fiel mit einem Zufallsmehr von wenigen Stimmen in einem Rat, der nach zweieinhalb Tagen Ermüdungserscheinungen zeigte. Der Vorstand hatte den Antrag zur Ablehnung emp-



Bundesrätin Ruth Dreifuss nahm ihren Auftritt am SGB-Kongress zum Anlass, um sich ein weiteres Mal von einer Position des Gesamtbundesrates abzusetzen. (Bild asl)

fohlen, gleichzeitig aber Reformen in Aussicht gestellt, die den Rahmen der starken, nach Branchen ausgerichteten Einzelverbände nicht sprengen. Das neue Co-Präsidium Christiane Brunner und Vasco Pedrina hatte schon am Vortag die Förderung der intergewerkschaftlichen Zusammenarbeit als eines der Ziele für die nächsten vier Jahre postuliert.

Kritik der bürgerlichen Parteipräsidenten

Die Präsidenten der bürgerlichen Bundesratsparteien haben die Äusserungen von Bundesrätin Dreifuss heftig kritisiert. Gegenüber der «Sonntags-Zeitung» erklärte SVP-Präsident *Hans Uhlmann*, er verurteilt das Verhalten der Bundesrätin aufs schärfste. «Eine klare Verletzung des Kollegialitätsprinzips» ortete CVP-Parteipräsident *Anton Cottier*. Und FDP-Präsident *Franz Steinegger* meinte, Ruth Dreifuss müsse sich fragen, ob sie «solche Referate halten oder Bundesrätin sein will».

Unkollegiale Irrfahrt

Die Vorsteherin des Departements des Innern, Bundesrätin Ruth Dreifuss, die im Sitzungszimmer der Landesregierung durchaus Bereitschaft für kollegiale Diskussion und Kompromisse an den Tag legen soll, hat sich ausserhalb des Bundeshauses, bei «ihrem» Publikum am Gewerkschaftskongress in Montreux, in einer wichtigen Frage erneut vom Regierungskollegium *desolidarisiert*.

Der Bundesrat beschloss, wie man weiss, im Zuge der Massnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen kürzlich zuhanden des Parlaments, die AHV-Renten künftig nicht mehr gemäss «Mischindex» (aus Lohn- und Teuerungsentwicklung), sondern einfach gemäss Teuerungsindeks anzupassen. Nun hat Frau Dreifuss im Kreise ihrer früheren Gewerkschaftskollegen wörtlich erklärt: «Ich bin zwar Bundesrätin geworden, aber mit meiner ganzen Überzeugung Gewerkschafterin geblieben» und dem Parlament unter anderem die Beibehaltung des AHV-Mischindex empfohlen.

Kein Regierungsgremium ist im Vorfeld von Entscheidungen frei von *Meinungsverschiedenheiten* in der Sache. Man kann sogar ein Stück weit Verständnis haben, wenn solche Positionsunterschiede *vor der Beschlussfassung* öffentlich vorgetragen und markiert werden; das Risiko besteht für den einzelnen Minister darin, dass man nach gefällttem Entscheid weiss, wer in der Regierung mit seiner Meinung nicht oder nur zum Teil durchgekommen bzw. unterlegen ist.

Dem *inneren Zusammenhalt* und der Handlungsfähigkeit einer Kollegialregierung ist allerdings öffentlicher Kampf selbst vor der Beschlussfassung nicht zuträglich. Unhaltbar ist für ein Regierungskollegium, und besonders für eine Kollegialregierung ohne Premierminister, das *Ausscheren nach gefällttem Beschluss*. Solches Verhalten kann nur als Irrfahrt enden, weil die Handlungsfähigkeit des Teams leidet.

Bundesräte sind der Sache des Regierens verpflichtet, nicht einem früheren Arbeitgeber. Hier muss Frau Ruth Dreifuss dazu-

lernen, wenn sie politisch Bestand haben will. Ihre Unkollegialität trifft keineswegs besonders die bürgerlichen unter den Bundesräten, sondern das Gremium und dessen *inneres Zusammenspiel* als solches. Es gibt überdies einigen Grund zur Annahme, dass der Vorschlag zur Umstellung der AHV-Renten auf den Teuerungsindeks vom sozialdemokratischen Finanzminister Otto Stich stammt.

«Solidarität» eines Regierungsmitglieds muss sich auch vor dem «heimischen» Publikum auf die Regierungsaufgabe beziehen und nicht auf *Wunschrednerei* nach der Vorstellung der Zuhörer. Ein Bundesrat wie Kaspar Villiger hätte am vorletzten Parteitag der Freisinnig-Demokraten populär in der Menge der Versammelten baden können, wenn er sich gegen Steuererhöhungen zur Sanierung der Bundesfinanzen gestellt hätte. In Tat und Wahrheit hat er aber hier und in andern Gremien die vom Bundesrat beschlossene, den Zuhörern wenig willkommene Haltung der Landesregierung, die neue Steuern fordert, vertreten und begründet.

Die Art des Vorgehens von Frau Dreifuss verträgt sich auf die Dauer sicher nicht mit dem Geschäft des Regierens. Das hat ihr der Bundesrat schon im vergangenen Mai klarzumachen versucht, als sie in Sachen Rentenalter 64 für Frauen mit einem «*offenen Brief*» beim Publikum gegen den Beschluss des Regierungsgremiums antrat, dem sie selber angehört. Damals hielt das Kollegium mit einer distanzierenden Erklärung öffentlich die «gelbe Karte» wegen mangelnden *Fairplays* gegen Ruth Dreifuss auf. Man ist gespannt, wie die Regierung diesmal zu verfahren gedenkt. Am kommenden Freitag will der Bundesrat mit den Spitzen aller vier Regierungsparteien in den «Von-Wattenwyl-Gesprächen» das Thema *Vertrauen* in die Institutionen und in die Regierung besprechen. Man kann das sicher nicht glaubwürdig tun, ohne nach innen und nach aussen deutlich über die *Kollegialität im eigenen Gremium* zu reden.

Bü.